



BEGLEITBERICHT
zu
GESETZESENTWURF
„DEMOKRATIE SETZT INFORMATIONSPFLICHT DER MEDIEN VORAUS“
ZUR ABÄNDERUNG
des
Landesgesetzes vom 3. Dezember 2018 Nr. 22
„Direkte Demokratie, Partizipation und politische Bildung“
sowie des
Landesgesetzes vom 9. Oktober 2020 Nr. 11
„Bestimmungen über die beim Landtag angesiedelten
Ombudsstellen“
sowie des
Landesgesetzes vom 11. März 2002 Nr. 6
„Bestimmungen zum Kommunikationswesen und zur
Rundfunkförderung“
Art. 8 (Institutionelle Kommunikation der Autonomen Provinz Bozen)
Art. 10 (Begünstigte und Beitragshöhe)

Demokratie setzt grundsätzlich voraus, dass die Bürger freien Zugang zu Informationen haben, und nicht systemisch und systematisch durch Desinformation und Zensur in ihrer Willensbildung manipuliert werden.

Das gilt für die repräsentative genauso wie für die direkte Demokratie.

Bürger können nur dann wirklich „wählen“, wenn ihnen die nötige Informationsbasis zur Verfügung steht.

Seit 2020 wurde eine extreme lokale, nationale, EU-weite und durch die sozialen Medien (Facebook, Twitter, Youtube) sowie die in den Händen der großen Finanz- und Politikplayer (Blackrock etc.) befindlichen Presseagenturen (Reuters etc.) sogar globale Informationsmanipulation samt Zensur offenkundig, die sich auf eine bereits lokal bestehende Südtirol-typische Situation gestülpt hat.

Denken wir bspw. daran, wie kritische Stimmen zu den Corona-Maßnahmen entweder totgeschwiegen, zensiert oder als rechts-radikal gebrandmarkt oder anderweitig in den Augen der Informationsnutzer als unglaubwürdig dargestellt wurden. Und sich jetzt herausstellt, dass die meisten dieser kritischen Stimmen richtig lagen.

Dies geschah u.a. bis dahin weltweit anerkannten Top-Wissenschaftlern, sodass deren überlebenswichtigen Informationen die Masse der Bürger nie erreichten. Die sogenannten Qualitätsmedien waren über die Presseagenturen wie Reuters gleichgeschaltet, und in dieser Gleichschaltung wurde nicht Information, sondern massivst Desinformation und Zensur betrieben. Und auch unsere lokalen Medien beteiligen sich, abgesehen von der Südtirol-spezifischen durch Quasi-Monopolstellungen gekennzeichnete Situation, an dieser Desinformation und Zensur durch banales *copy & paste* der Presseagenturmeldungen.

Hätte man in den Jahren 2020, 2021 und 2022 eine direktdemokratische Abstimmung über den Umgang mit den sog. „Ungeimpften“ abgehalten, dann wären wohl noch drastischere Maßnahmen als jene herausgekommen, die durch die repräsentative Demokratie getroffen wurden.

Denn durch die Verbreitung von Angst und Panik und die Schaffung von Feindbildern kann man die Masse einer Bevölkerung offensichtlich immer wieder emotional hochschaukeln, wie uns die Geschichte lehrt.

Die aktuelle Zeit ist durch eine Schein-Demokratie gekennzeichnet.

Eine vom Volk nicht gewählte EU-Kommissionspräsidentin, deren Spezialität die Verletzung der Transparenz ist, setzt sich massiv für Zensur und die digitale Identität ein - die die Basis für eine umfassende Kontrolle der Bürger sein wird, die Orwell in seinen Vorstellungen weit übersteigt - und betreibt Kriegstreiberei mit massiver Erhöhung der Ausgaben für Waffen.

Zudem wird systematisch durch Desinformation und Zensur ein Feindbild geschaffen: Russland.

Die sog. Qualitätsmedien sind weiterhin im globalen Gängelmodus über die Presseagenturen gefangen, an denen die großen globalen Finanz- und damit Politplayer beteiligt sind (siehe Reuters).

In einem solchen Kontext wird das Instrumentarium der direkten Demokratie zu einem Instrument für die Legitimierung autoritärer antidemokratischer Maßnahmen direkt durch das Volk.

Denn ein systematisch desinformiertes und damit in seiner Willensbildung manipuliertes Volk wird groß teils exakt so abstimmen, wie durch die massive über die Medien gespielte Informationsmanipulation hervorgerufen.

Und damit läuft man in einem Kontext, wo nicht explizit garantiert ist, dass alle Seiten gleichwertig zu Wort kommen und damit der Wähler

die Informationsbasis für eine freie, weil informierte Wahl hat, die große Gefahr, dass das Instrumentarium der direkten Demokratie dazu genutzt wird, sich die Legitimation für autoritäre und letztendlich nicht im Interesse der Bevölkerung stehende Entscheidungen zu holen und diese Entscheidungen auf lange Zeit zu zementieren.

Denn wenn „das Volk direkt gewählt hat“, dann wird es schwierig eine falsche und fatale Entscheidung rückgängig zu machen.

Bei Entscheidungen der repräsentativen Demokratie kann eine Kursänderung nach Neuwahlen erfolgen, wobei es hierfür oft nicht einmal die parlamentarische Mehrheit braucht (siehe Koalitionsverhandlungen).

Das Instrumentarium der Direkten Demokratie ist in allen Gebietskörperschaften, die über die Gemeinde hinausgehen, äußerst gefährlich, wenn nicht der demokratische freie Informationsfluss gewährleistet ist. In einer Gemeinde haben die Bürger den direkten Überblick, sodass sie kaum von externen Informationen abhängen. Dies ist auf Landesebene völlig anders. Hier funktioniert direkte Demokratie nur, wenn den Bürgern ein voller Zugang zu den Informationen der Befürworter und Gegner einer direktdemokratischen Initiative garantiert wird.

Das ist aber derzeit nicht der Fall, sodass zu allererst die Mindestvoraussetzungen und -garantien für einen solchen freien Informationszugang geschaffen werden müssen, bevor das Instrumentarium der Direkten Demokratie ausgeweitet wird, denn ansonsten riskieren wir in diesen Zeiten den Missbrauch des Instrumentariums der Direkten Demokratie für eine nachhaltige

Installierung von Autoritarismen „im Namen des Volkes“ mit fatalsten lang anhaltenden Auswirkungen.

Es muss daher gewährleistet sein, dass für jede Volksabstimmung die Bevölkerung nicht nur vom Landtag, sondern auch über jene Medien, die aus Steuergeld finanzierte Förderungen erhalten, vollumfänglich informiert werden, um eine freie, weil informierte Entscheidung treffen zu können.

Dies muss als klare Informationspflicht der betreffenden Medien gesetzlich vorgesehen werden mit einem geldwerten Sanktionsmechanismus, damit die Einhaltung gewährleistet ist.

Über die Einhaltung der Informationspflicht soll der Beirat für das Kommunikationswesen wachen und bei Verstoß die an die betreffenden Behörden notwendigen Meldungen für die zu ergreifenden Maßnahmen machen. Außerdem sollen festgestellte Verstöße im Sinne der Transparenz veröffentlicht werden, damit die Bürger auch diesbezüglich direkt eine Kontrollfunktion ausüben können, ganz im Sinne der Direkten Demokratie.

Erst wenn diese Informationsgarantie gewährleistet ist, kann die Direkte Demokratie im Interesse der Bevölkerung funktionieren.

Gez. Landtagsabgeordnete

Renate Holzeisen



RA/Avv. DDr. Renate Holzeisen
Abgeordnete zum Südtiroler Landtag –
Membro del Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano
Fraktion VITA – Gruppo Consiliare VITA